

**Christoph Degen**

Vorsitzender
des Arbeitskreis Bildung,
Main-Kinzig-Kreis

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

mit dem aktuellen Beschluss der Bundesländer-Konferenz wurde die schrittweise Rückkehr zum Präsenzunterricht entschieden. In einem Schreiben vom 11. Februar teilte daraufhin Kultusminister Lorz mit, dass Grundschulen erst ab dem 22. Februar und nicht wie am 21. Januar avisiert schon am 15. Februar im Rahmen von verbindlichem Wechselunterricht öffnen. Der damit zumindest für einige Jahrgangsstufen verbindlich strukturierte Wechsel aus Präsenz- und Distanzunterricht ist aus unserer Sicht als Fortschritt zu bezeichnen, für den wir lange kämpfen mussten. Leider geht die Ungewissheit für alle Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 7 noch immer weiter. In der Sondersitzung des Schulausschusses im Landtag zur teilweisen Schulöffnung am 23. Februar musste der Kultusminister einräumen, dass sich nach wie vor 243.000 Schülerinnen und Schüler im vollständigen Distanzunterricht befinden. Vor dem Hintergrund, dass laut Aussagen des Kultusministers aktuell lediglich zwei Schulen landesweit pandemiebedingt ge-

schlossen seien und nur bei 0,02 Prozent der Schülerinnen und Schüler und nur bei 0,06 Prozent der Lehrkräfte eine Covid-19-Infektion bekannt sei, halten wir es für vertretbar das Wechselmodell auch auf höhere Jahrgangsstufen auszudehnen. Als zusätzliche Risikominimierung fordern wir zeitnah eine Corona-Schnellteststrategie für das Personal sowie die Schülerinnen und Schüler. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass kein Kind zurückgelassen wird und auch die älteren Schülerinnen und Schüler eine Perspektive bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Degen

Klicken Sie auf die Fotos um auf die Website der/ des Abgeordneten zu kommen!

**Karin Hartmann**

Mitglied
des Arbeitskreises;
Vorsitzende des KPA,
Kreis Bergstraße

**Turgut Yüksel**

Mitglied
des Arbeitskreises,
Frankfurt

**Kerstin Geis**

Mitglied
des Arbeitskreises,
Kreis Groß-Gerau

**Manuela Strube**

Mitglied
des Arbeitskreises,
Kreis Kassel

Inhalt

So geht es mit der Schule weiter.....	2
Schulgesetzänderung.....	3
„Kultusminister Ahnungslos“ - viele Worte, wenig Inhalt.....	4
Hessen ist immer noch unzufrieden mit Schwarzgrün.....	5
Kein Kind darf zurückgelassen werden.....	6
Hinweise und Termine.....	7

So geht es mit der Schule weiter

Aktuelles

Jahrgangsstufe 1-6

- Wechselunterricht
- Maskenpflicht
- Abstandsregelungen

Jahrgangsstufe 7- E-Phase

- weiterhin
Distanzunterricht

Q2 und Abschlussklassen

- Präsenzunterricht
- Maskenpflicht
- Abstandsregelungen

An manchen Schulen heißt das: alle 3 Konzepte unter einem Dach. Ein gigantischer Koordinations- und Mehraufwand!

Wechselmodell statt Wechselhaftigkeit

Kulturpolitischer Ausschuss

Nach den Schulöffnungen am Montag für die Jahrgänge 1 bis 6 gibt es für die älteren Schüler weiter keine Perspektive. Diese werden nicht einmal in einem Wechselmodell unterrichtet. Um klare Antworten von Minister Lorz zu bekommen, fand auf unseren Antrag eine Sondersitzung des KPA statt in der unser Dringlicher Berichts-antrag beantwortet wurde.

Unseren Dringlichen Berichts-antrag finden Sie [hier](#).
Unsere Pressemitteilung dazu finden Sie [hier](#).

KULTUSMINISTERIUM VERWEIGERT ARBEIT

Die Frist zur Beantwortung von Kleinen Anfragen liegt bei sechs Wochen. Unsere Kleine Anfrage zu Luftfiltern in Schulen (DS. [20/3846](#)) vom 14. Oktober 2020 wurde leider seitens des Kultusministerium bis heute nicht beantwortet. Das hindert nicht nur die oppositionelle Arbeit, sondern grenzt an Arbeitsverweigerung des Ministeriums. Die Regierung hat die Pflicht, jede Initiative fristgerecht zu beantworten.

Corona-bedingte Schulgesetzänderung in letzter Minute

Schulgesetzänderung

Schwierige Zeiten erfordern klare Lösungen. Doch erneut kann Schwarzgrün diese in ihrem Gesetzentwurf nicht liefern. Der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen ist im Grundsatz nicht falsch, schafft es aber auch nicht über das Grundsätzliche hinaus. Es geht hauptsächlich darum, rechtliche Regelungen aufgrund der schwierigen Bedingungen im Unterricht und bei den Prüfungen anzupassen und die Konsequenzen aus dem Unterrichtsausfall der vergangenen Monate zu ziehen. Durchaus Fragen die geklärt werden mussten. Andere wichtige Fragen, auf die wir, die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler Antworten brauchen, werden nicht geklärt. Zum Beispiel wie die Landesregierung plant, den verpassten Unterricht aufzuholen. Oder wie die Landesregierung Kinder und Jugendliche intensiver individuell fördern möchte, kann dieser Entwurf nicht beantworten.



“

Die Schulen sind aktuell für viele Schülerinnen und Schüler geschlossen, mit drastischen Auswirkungen auf die Bildung von Kindern und Jugendlichen. Doch statt auf die aktuellen Herausforderungen mit einer echten Strategie und klaren Perspektiven zu reagieren, werden mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung im Grunde nur die Corona-Regelungen von 2020 verlängert und präzisiert, da diese im März auslaufen. Der Entwurf bleibt angesichts der zweiten Welle der Corona-Pandemie hinter den Erwartungen zurück.

Christoph Degen (MdL)

”

Darum geht es:

Abiturprüfungen

- Unterrichtsstunden und Praxisanteile, die aufgrund einer zeitweisen Aussetzung des Unterrichts aufgrund der Pandemie versäumt wurden, bleiben im Abiturerlass unberücksichtigt

Datenschutz

- personenbezogene Daten von Anwesenden im Distanzunterricht, die zum Zweck der Übertragung von Bild und Ton notwendig sind, dürfen verarbeitet werden

Versetzungen

- alle Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2020/2021, die keinen Antrag auf Wiederholung gestellt haben, werden in die nächste Jahrgangsstufe versetzt

Zeitplan für das Gesetz

10. März 2021:
Auswertung der schriftlichen Anhörung

16.-18. März 2021
2. Lesung + Verabschiedung im März-Plenum

Links zum Schulgesetz

Den Gesetzentwurf der Regierungsfractionen finden Sie [hier](#).

Die Rede der Abg. Strube finden Sie [hier](#).

Die Rede des Abg. Degen finden Sie [hier](#).

Die Kurzintervention des Abg. Degen finden Sie [hier](#).

Kultusminister Ahnungslos - viele Worte wenig Inhalt

Fragen aus dem Plenum

Wir fragen nach!

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die Aufhebung der Präsenzpflcht an Schulen in Bezug auf die Bildungsgerechtigkeit, insbesondere in Abgrenzung zu einem strukturierten Wechsel aus Distanz- und Präsenzunterricht?



Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, die Maxime der Hessischen Landesregierung war und ist bei allen Maßnahmen, [...] so viele Unterrichtsangebote wie möglich in Präsenz vorzuhalten, wie es angesichts der Infektionslage vertretbar ist. [...] Die schulische Perspektive [...] kann dabei auch maßgeblich durch die gesundheitsfachlichen Aspekte überlagert werden. [...] Auf dieser Basis haben sich die Regierungschefinnen und -chefs der Länder und die Bundeskanzlerin am 19. Januar 2021 darauf verständigt, dass bezüglich der Schulen ihr Beschluss vom 5. Januar 2021 bis zum 14. Februar 2021 fortgeführt werden soll. [...] Dabei muss man sehen, dass nach diesem Beschluss kein Spielraum für einen strukturierten Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht besteht. [...] Die Hessische Landesregierung [wird], wenn ihre epidemiologischen Einschätzung eine Öffnung der Schulen für vertretbar [hält], wieder mehr Präsenzunterricht zulassen. Das schließt ausdrücklich auch die Option ein, einen Wechselunterricht anzubieten, wenn dies vertretbar erscheint.

Warum stellen wir diese Frage: Das monatelange Abwehren unseres Vorschlag eines Wechselmodells durch Kultusminister Lorz mündete letztlich in einer Schulschließung durch die Hintertür. Wir wollen wissen, wie er die Folgen dieses Fehlers bewertet.

Ich frage die Landesregierung:

In wie vielen Grundschulklassen war im Laufe des Januars 2021 mindestens an einem Wochentag mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler anwesend?

Antwort der Landesregierung:

Mit Ende der Weihnachtsferien gilt für die Schulen in Hessen, dass für die Klassenstufen 1 bis 6 keine Verpflichtung zur Teilnahme am Präsenzunterricht besteht. [...] Steuerungsrelevant war eine schulweite Betrachtung; denn eine klassenbezogene Betrachtung könnte nicht widerspiegeln, dass Schülerinnen und Schüler zwar aus einer Klasse stammen mögen, unter den Bedingungen der Aussetzung der Präsenzpflcht aber Klassenverbände auch aufgelöst werden und Gruppen neu gebildet oder aufgeteilt werden können. Die Präsenzquote in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 lag in den ersten Wochen bei rund 18 % und liegt hessenweit aktuell bei rund 20 %. In der fünften Kalenderwoche 2021 waren an 25 reinen Grundschulen mindestens 50 % der Grundschülerinnen und -schüler zur Unterrichtsteilnahme in Präsenzform angemeldet.

Warum stellen wir diese Frage: Aus mehreren Presseberichten und Schreiben der GEW und des VBE wissen wir, dass in vielen Schulen in einigen Klassen teilweise bis zu 70% der Schülerinnen und Schülern in Präsenz betreut werden.

Plenum vom 02.02.2021

Hessen ist immer noch unzufrieden mit Schwarzgrün

Civey-Umfrage

Die Hessinnen und Hessen sind unzufrieden mit der schwarz-grünen Bildungspolitik während der Corona-Pandemie. Dies ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens „Civey“ im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion. Schon im vergangenen Herbst hatte sich „Civey“ bei den Hessinnen und Hessen erkundigt. Leider hat sich an der planlosen Strategie der Landesregierung seitdem nichts geändert, was sich auch in den nahezu gleich gebliebenen Zahlen widerspiegelt. Bestätigt wird dieses Bild von einer aktuellen Umfrage des Hessischen Rundfunks.

Unsere Pressemitteilung zu der Umfrage finden Sie [hier](#).

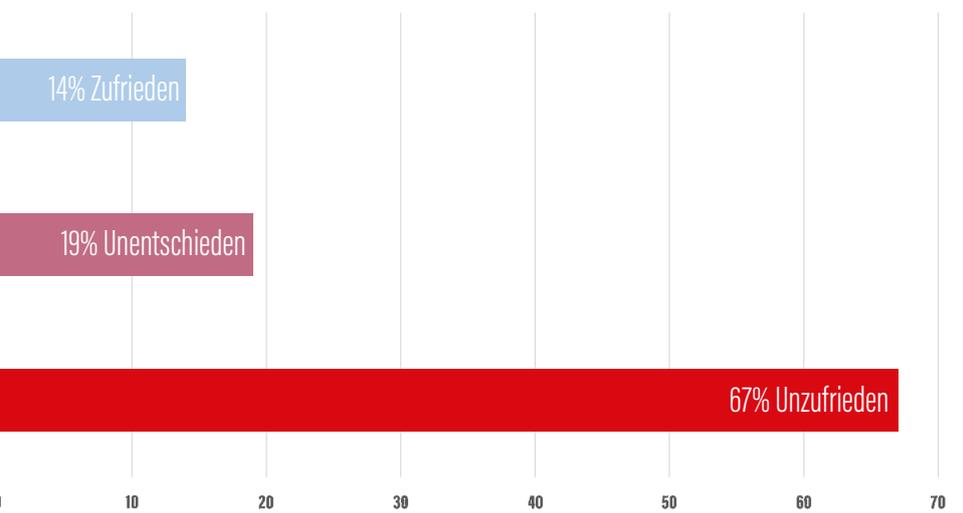
Unsere Herbstausgabe mit dem Artikel zur letzten Umfrage finden Sie [hier](#).

Den Beitrag des hr-Fernsehen aus der „hessenschau“ mit der Umfrage des Hessischen Rundfunks finden Sie [hier](#).



Zwei Drittel sind unzufrieden mit der schwarzgrünen Schulpolitik in der Corona-Pandemie.

Wie zufrieden sind Sie mit der Schulpolitik der Hessischen Landtag während der Corona-Pandemie?



Zitat

”

Wenn's keiner sieht, aber einer spricht, ist in der Schule Videounterricht. Der Lehrer schimpft, der Schüler weint, es funktioniert nicht, wie mir scheint. Doch Minister Lorz grinst im Gesicht, den interessiert das alles nicht. Lächelt in jede Kamera, das kann er gut, da ist er da. Auf Elternfragen reagiert er nicht, verletzt damit des gewählten Politikers Pflicht. In seinem Amt, es ist leider wahr, ist er völlig untragbar. Ach was wär das für ein Glück, träte er zurück!

”

Thorsten Schwemler, Mainhausen

Kein Kind darf zurückgelassen werden

Individuelle Förderung ausbauen

Die Corona-Krise ist vor allem für Familien mit schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen eine besonders schwere Zeit. So wie im Frühjahr waren die Schulen auch jetzt faktisch geschlossen. Am meisten trifft das natürlich die Schülerinnen und Schüler die ohnehin schon benachteiligt sind und denen der Kontakt zu Lehrern und Mitschülern nochmals wichtiger ist. Deshalb gilt es nun diese Diskrepanz in den kommenden Monaten anzugehen und diese Kinder nicht zurückzulassen. Damit dies trotz den Schließungen von Schulen und lokaler Einrichtungen, die diesen Kindern und Jugendlichen sonst eine helfende Hand sind, gelingen kann, muss man diese Kinder gezielt unterstützen.

Um dies zu schaffen wird ein Plan à la Kultusministerium, die Kinder einfach in den Sommerferien in Camps zu stecken, nicht reichen. Vielmehr braucht es personelle und finanzielle Unterstützung von Schulen, um diese Kinder gesondert zu fördern.

Bisher waren die wenigen Stellen für den sozialen Ausgleich für Schwarzgrün lediglich symbolpolitischer Natur. Spätestens jetzt muss die Landesregierung die Bedeutung von Schulsozialarbeit, individueller Förderung und

Eine Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Vorschläge gemacht, um Bildungsbenachteiligung zu verhindern. Das sind die wichtigsten fünf Punkte der Studie:

1. Verlässlichkeit & Planbarkeit
2. Strategische Konzepte für Wechselunterricht
3. Notwendige digitale Ausstattung
4. Ausbau der Ganztagsangebote
5. Förderung statt Sanktionierung

Die vollständige Studie der FES finden Sie [hier](#).

Unterstützung stärken, um die Folgen der Schulschließungen abzdämpfen.

Außerdem müssen Familien, in denen es entweder finanzielle Probleme bei der Anschaffung für eine notwendige Ausstattung für den Fernunterricht oder andere Schwierigkeiten, wie sprachliche Barrieren gibt, gezielt unterstützt werden.

Lehrkräfte müssen möglichst früh auf die Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Haushalten vorbereitet werden.

Es ist klar, dass diese Zeit die Chancenungleichheit verschärft. Es liegt an der Landesregierung, die Menge und die Auswirkungen möglichst gering zu halten. Wir fordern sie deshalb in unserem Antrag auf, kein Kind zurückzulassen.

Unseren Antrag „Schulen in benachteiligten sozialen Lagen stärken - kein Kind zurücklassen“ finden Sie [hier](#). (DS. 20/4312)

Unseren Dringlichen Berichtsantrag „Zick-Zack-Kurs des Kultusministers“ finden Sie [hier](#). (DS. 20/4384)

Wenn Sie Interesse an den Protokollen der zugehörigen Sitzungen des Schulausschusses haben, senden wir Ihnen diese gerne zu. Schreiben Sie uns dazu einfach eine [E-Mail](#).



Termine & Hinweise

Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben

„Jetzt fängt der Ernst des Lebens an.“ Diesen Satz kennen wohl viele von uns, meistens wenn es gegen Ende der Schullaufbahn und hin Richtung Berufswelt geht. Doch viele wissen gar nicht konkret was sie nach der Schule machen sollen. Wenn es dir ähnlich geht wäre ein Freiwilliges Soziales Jahr vielleicht genau dein Ding. In den verschiedensten Berufsfeldern ist ein FSJ möglich. Ganz besonders spannend für uns natürlich das FSJ im politischen Leben. Doch was bringt dir so ein FSJ im politischen Leben überhaupt? Neben der Weiterentwicklung der Persönlichkeit, der Orientierung, das Kennenlernen neuer Leute, verfolgt ein Freiwilligendienst im politischen Bereich viele weitere Ziele. Dabei gibt es verschiedene Einsatzstellen. Auch die SPD-Landtagsfraktion in Hessen bietet zusammen mit den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten (kurz: ijgd) im nächsten Jahr wieder ein FSJ-P an. Hier fördern wir das eigenständige Arbeiten, du darfst mit in wichtige Sitzungen und bist nahe an dem politischen Geschehen im Landtag dran.

Solltest du Interesse an einem Freiwilligen Sozialen Jahr bekommen haben, findest du weitere Informationen [hier](#).

Immer wieder veranstaltet die ijgd digitale Infoveranstaltungen. Weitere Informationen und Termine dazu findest du [hier](#) oder unter dem QR-Code (siehe unten)



Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten und möchten ihn direkt beziehen?
Schicken Sie uns einfach eine kurze [E-Mail](#).

Petition - Perspektiven auch ab Klasse 7

Im Folgenden möchten wir Sie auf eine Petition aufmerksam machen, die sich dafür einsetzt, dass auch Kinder und Jugendliche ab der Jahrgangsstufe 7 eine Perspektive für Schulöffnungen bekommen. Die drei Hauptforderungen sind:

1. Präsenzunterricht für alle Schüler:innen ab Klasse 7 mit Aussetzung der Präsenzpflcht für Risikogruppen und mit zusätzlichen Maßnahmen zum Infektionsschutz.
2. Ein Stufenplan, der für Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern die für Schulen beschlossenen Maßnahmen nachvollziehbar und transparent macht.
3. Ein Konzept zum kontinuierlichen Schließen der Lernlücken, das nicht allein auf freiwilligem Ferienunterricht basiert.

Weitere Informationen und die Petition finden Sie [hier](#) oder unter dem QR-Code (siehe unten)



Impressum :

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Bastian Fleig, V.i.S.d.P.
Christoph Gehring
Luka Kayser
Martina Häußl-David
Abgeordnetenportraits:
Angelika Aschenbach / SPD-Fraktion